Junge Welt / 08.05.2026 / Inland / Seite 5

»Rund-um-die-Uhr-Betreuung entfällt«

AOK wirbt zwecks Kostensenkung für mehr Ambulanz. Die Deutsche Krankenhausgesellschaft protestiert

Von Gudrun Giese

Sparvorschläge im Bereich Gesundheit und Soziales haben mittlerweile Hochkonjunktur. Nun beteiligt sich auch der Bundesverband der Allgemeinen Ortskrankenkassen (AOK) mit seinem »Krankenhausreport« daran. Das Wissenschaftliche Institut der AOK (WIdO) legte am Mittwoch den Bericht vor, der auf die massive Ausweitung einer ambulanten Patientenversorgung setzt.

»Ambulantisierungspotential« lautet das Stichwort. Es impliziert, viele Operationen und internistische Behandlungen in Praxen oder ambulante Zentren verlagern zu können. Dies sei bei mehr als der Hälfte aller Krankenhausfälle der Fall, lautet die zentrale Botschaft. Allerdings leidet dieser Teil der Krankenversorgung seit langem unter Auszehrung. In welchen ambulanten Strukturen mehr als die Hälfte der bisher in Krankenhäusern behandelten Versorgungsfälle stattfinden sollen, verschweigt die AOK. Statt dessen nutzt sie die Vorstellung des Krankenhausreports für eine Generalkritik an der Krankenhausreform, die die Bundesregierung dieser Tage zusammenschustert. Die werde »gerade in der Grundversorgung kaum für Strukturveränderungen sorgen«, bemängelte die Kasse, deren Anteil am Markt für gesetzliche Krankenversicherungen (GKV) immerhin rund 37 Prozent beträgt, die also zu den größten in der BRD zählt. Im Laufe des Gesetzgebungsverfahrens, das der frühere Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) eingeleitet hatte, sind aus Sicht des WIdO zu viele Ausnahmen zugunsten des Erhalts kleinerer Krankenhäuser fixiert worden.

Der Krankenhausreport konzentriert sich auf die Aufschlüsselung des Verlagerungspotentials von stationär zu ambulant sowie den damit verbundenen Betten- und Kostenabbau. Angeblich könnten in allen Bundesländern zwischen 53 und 58 Prozent der Krankenhausfälle ambulant versorgt werden. »In keinem Bundesland ist es bislang gelungen, das Ambulantisierungspotential in einem strukturell relevanten Ausmaß zu heben«, betonte David Scheller-Kreinsen, WIdO-Geschäftsführer und Mitherausgeber des Reports. Das Institut nahm für die Analyse alle im Jahr 2024 abgerechneten Krankenhausfälle unter die Lupe und kam zu dem Ergebnis, dass von insgesamt 15,2 Millionen stationären Behandlungen rund 8,6 Millionen ambulant hätten versorgt werden können oder vermeidbar gewesen wären. So ergebe sich ein Verlagerungspotential von 42 Prozent der Belegungstage im Krankenhaus und von 39 Prozent der Klinikausgaben. Eine ambulante

Versorgung senke die Kosten enorm, »da vor allem der teure Bedarf einer Rund-um-die-Uhr-Betreuung entfällt«, so Scheller-Kreinsen.

Fast zeitgleich warnten in Berlin die Deutsche Krankenhausgesellschaft (DKG) und andere Akteure vor dem aktuellen Sparprogramm der Bundesregierung bei Leistungen der GKV. Die diskutierten Vorschläge stünden im krassen Widerspruch zu den Ankündigungen des Bundes, keine Maßnahmen umzusetzen, die die Patientenversorgung in Deutschland negativ beeinträchtigen, schrieb dazu das *Deutsche Ärzteblatt*. »Das Versprechen, Einsparungen verursachergerecht zu verteilen, wird damit eindeutig gebrochen«, sagte Gerald Gaß, Vorstandsvorsitzender der DKG. Anders als dargestellt seien die Kliniken nicht die Kostentreiber im Gesundheitswesen, denn der Ausgabenanteil für die stationäre Versorgung in der GKV sinke seit Jahren. Damit widersprach Gaß indirekt der AOK-Untersuchung. Die DKG wolle weitere Belastungen jedenfalls nicht klaglos hinnehmen.

Andreas Junt (parteilos), Landrat des baden-württembergischen Kreises Freudenstadt, wies bei der Veranstaltung darauf hin, dass das von Bundesgesundheitsministerin Nina Warken (CDU) entwickelte »Sparpaket« die Kliniken »mit voller Breitseite« treffe. Das gefährde die Existenz von kommunalen Krankenhäusern im ländlichen Raum und damit die medizinische Versorgung im Nahbereich. Auch der Hauptgeschäftsführer des katholischen Krankenhausträgers Alexianer, Christian von Klitzing, warnte vor den Kürzungen. Würden sie so durchgesetzt wie geplant, drohe umgehend die Schließung vieler konfessioneller Kliniken. Der DKG-Vorsitzende Gaß kritisierte die Haltung der Bundesregierung, viele Akteure im Gesundheitswesen zusätzlich zu belasten und gleichzeitig die Refinanzierung versicherungsfremder Leistungen aus Steuermitteln weiter zu kürzen. »Der Bund saniert sich zu Lasten der Beitragszahler«, sagte er. Auch die DKG sehe die Notwendigkeit, die GKV-Finanzen zu stabilisieren, aber nicht durch »planlose Kürzungsmaßnahmen«. Statt dessen müsse die Effizienz verbessert und den Kliniken ermöglicht werden, Prozesse zu optimieren und Kosten zu senken.

https://www.jungewelt.de/artikel/522228.gesundheitsreform-rund-um-die-uhr-betreuung-entfällt.html